

GRÜNSCHNABEL

ZEITUNG DER UNABHÄNGIGEN WÄHLER VEREINIGUNG
"GRÜNE LISTE BÜTTELBORN"

№ 5 / Jan. 83

SOLIDARITÄT MIT ALEXANDER SCHUBART



Straffreiheit für Startbahngegner

Wider alle besseren Argumente, wider alle Vernunft – die Startbahn 18 West wird mit aller Gewalt gebaut und sicher auch in Betrieb genommen. Eine große, gewaltfreie und friedliche Bürgerbewegung, die das Wahnsinnsprojekt verhindern wollte, wird systematisch kriminalisiert und als verfassungsfeindlich erklärt. Mit brutaler Gewalt wurde und wird immer noch gegen Bürger, die ihren Widerstand noch nicht aufgegeben haben, vorgegangen. Tausende wurden verhaftet und viele sollen wegen irgendwelcher Rechtsverletzungen verurteilt werden. Prominente Startbahngegner in der richtigen Partei, wie z. B. Herr Pfarrer Oeser, haben da mehr Glück, sie kommen bei unserer Justiz mit dem Schrecken davon. Daß durch Verfolgung und Kriminalisierung tausender, meist junger Menschen Existenzvernichtung betrieben wird, daß dadurch weiteres, soziales Elend produziert wird, daß damit letztlich der Keim für weitere Eskalation der Gewalt gelegt wird, interessiert weder Regierende noch die Betreiber unsinniger Großprojekte wie Atoanlagen, Startbahnen, weitere Autobahnen, Militäranlagen, Rhein-Main-Donau-Kanal und vieles mehr. Solange man genügend Polizisten hat, die treu und brav den „Fortschritt der Naturzerstörung“ schützen und Gegner einer solchen als Staatsfeinde gnadenlos gejagt werden dürfen, ist für viele Politiker und leider auch für viele Bürger die Welt noch in Ordnung. Mit sozialer, christlicher oder gar freier Demokratie hat das jedenfalls nichts zu tun. Es ist Politik, die sich in eine ganz andere Richtung entwickelt (Polizeistaat) und die mit allen wirklich demokratischen Kräften in diesem Land gestoppt werden muß.

Welches sind denn die Ursachen für Umfrageergebnisse z. B. in Nordrhein-Westfalen (dort gibt es ja noch nicht einmal eine Startbahn West), wo 61 % der befragten

Jugendlichen der Meinung waren, daß die Gerichte in der BRD *einseitig zugunsten der Mächtigen* urteilen, und daß sich Großunternehmer *nur* am eigenen Gewinninteresse und nicht am Wohle der ganzen Gesellschaft orientieren. 66 % der Jugendlichen und 43 % Erwachsene *verneinten* die Frage, ob Politiker ihre Entscheidungen im Interesse des Volkes trafen. 74 % der Jugendlichen (und noch 46 % Erwachsene) haben, laut Umfrage, „Verständnis“ für die zunehmende Neigung in der Bevölkerung, gesellschaftliche Konflikte mit Gewalt zu lösen.

Herr Farthmann, Arbeits- und Sozialminister von Nordrhein-Westfalen nannte diese Umfrageergebnisse eine *grauenhafte* Entwicklung.

Sie ist es in der Tat! Mit der Durchsetzung weiterer Großprojekte mit Hilfe brutaler Polizeieinsätze gegen Demonstranten, Kriminalisierung und Existenzvernichtung Andersdenkender, wird man diese Entwicklung nicht aufhalten sondern kontinuierlich fördern!!! Ein Schritt in die richtige Richtung wäre nach Auffassung der Grünen im hess. Landtag ein Gesetz über Straffreiheit für Startbahngegner im Zusammenhang mit Einstellung der Bauarbeiten an der Startbahn West und Wiederaufforstung. Straffreiheit aus Gründen der Menschlichkeit ist dringend notwendig und der Kreis der Personen, die das befürworten, ist hoffentlich größer als die kleine Gruppe der Grünen im Landtag und ihre Wählerschaft. Das Zustandekommen eines solchen Gesetzes würde für viele Menschen – und besonders für die junge Generation – bedeuten: Hoffnung darauf, daß Demokratie noch eine Chance hat, Hoffnung darauf, daß die Saat der Gewalt in diesem Bereich nicht weiter aufgehen wird.

Das wachsende Gefühl der Ohnmacht würde etwas gelindert werden.

Erna Scherber

Bericht aus der Gemeindevertretung

Auch in ihren letzten Sitzungen mußte sich die Gemeindevertretung erneut mit Gebührenerhöhungen befassen.

So war aufgrund der steigenden Kostensituation beantragt, die Kanalbeiträge von DM 1,30 auf DM 1,80 berechnet auf den cbm Frischwasser anzuheben.

Fernerhin mußte der Antrag behandelt werden, die Kindergartenbeiträge anzuheben.

Hier lag ein Antrag vor, den Beitrag für das 1. Kind von DM 60,— auf DM 70,— und für das 2. Kind, wenn zwei Kinder gleichzeitig den Kindergarten besuchen, von DM 25,— auf DM 30,— anzuheben.

Für Gemeindevertreter ist es immer bedauerlich, wenn in Zeiten allgemeiner Kostensteigerung, steigender Arbeitslosigkeit und nachlassender Wirtschaftskraft derartige Gebührenerhöhungen zur Diskussion stehen.

Dennoch sah sich die Gemeindevertretung gezwungen, dem Kostendruck nachzugeben.

Insbesondere durch gesetzliche Auflagen verursacht, durch das Klärschlamm-trocknungsverfahren bedingt und durch allgemeine Kostensteigerungen in der Energieversorgung verursacht, bestand keinerlei Möglichkeit, der Anhebung der Kanalbeiträge auszuweichen.

Durch umfangreiche rechnerische Ermittlungen mußte der Gemeindevorstand nachweisen, daß die Erhöhung auch um DM —,50 mithin um fast 40 %, notwendig ist, um die Kosten aufzufangen.

Nach dem Grundsatz, daß die erhobenen Gebühren kostendeckend sein müssen, sahen sich daher auch die Gemeindevertreter der GLB gezwungen, der Gebührenerhöhung zuzustimmen.

Hinsichtlich der Kindergartenbeiträge ist die GLB der Auffassung gefolgt, daß für das 1. Kind eine Anhebung um DM 10,— geboten ist. Trotz der Erhöhung wird der Zuschuß der Gemeinde noch bei etwa DM 500 000,— für das Haushaltsjahr 1983 liegen.

Die Kindergartenbeiträge vermögen nicht einmal 40 % des Gesamtaufwandes abzudecken.

Entgegen der Auffassung der SPD, die auch für eine Erhöhung der Beiträge beim 2. Kind eintrat, hielten wir eine derartige Maßnahme für unsozial.

Die Gemeindevertreter der GLB haben sich mit den Gemeindevertretern der CDU gegen eine Anhebung der Beiträge insoweit ausgesprochen. Damit bleibt es für das 2. Kind beim seitherigen Gebührenbetrag von DM 25,—.

Ein Antrag der Riedwerke, für die Kreismülldeponie Beobachtungsbrunnen bohren zu dürfen, wurde im Hinblick darauf zurückgewiesen, daß sich die Gemeindevertretung einstimmig gegen die Kreismülldeponie in dem Gemarkungsgebiet Büttelborn ausgesprochen hat.

Im Zusammenhang mit der Abfallbeseitigung war auch ein gemeindliches Abfallbeseitigungskonzept Gegenstand der Erörterungen.

So will die Gemeinde künftig aufgrund eines Beschlusses der Gemeindevertretung anfallende Grünabfälle der Gemeinde und auch der Bürger kompostieren.

Auf Antrag der GLB wird dem Landkreis vorgetragen, die Belastung der Gemeinde mit den Abfallbeseitigungskosten künftig nicht mehr nach der Einwohnerzahl vorzunehmen sondern nach dem Gewicht des angefallenen Abfalls.

Hierdurch soll erreicht werden, daß derjenige, der weniger Abfall produziert, auch an den Kosten in geringerem Umfang beteiligt wird.

Fernerhin soll der Kreis aufgefordert werden, neben der Deponierung weitere Alternativen für eine wirtschaftlich vertretbare sowie technisch und ökologisch einwandfreie Müllverwertung ernsthaft zu überprüfen.

Ein Abfallbeseitigungskonzept insgesamt soll auf Antrag der GLB in den zuständigen Ausschüssen der Gemeindevertretung beraten werden.

Die Gemeindevertretung hat beschlossen, einen Jugendpfleger einzustellen, dessen Aufgabe es sein wird, sich insbesondere der nicht vereinsgebundenen Jugend zu widmen.

Den Beitritt zur Klagegemeinschaft „Nachtflugverbot“ hat die Gemeindevertretung gegen die Stimmen der GLB abgelehnt, stattdessen eine Spende beschlossen.

In der Gemeindevertreter-sitzung am 7. 12. 1982 wurde die erste Nachtragshaushaltssatzung beschlossen. Insgesamt kann der Gemeinde sparsame Haushaltsführung bescheinigt werden.

Erörterungen, ob auch für Bürger der Gemeinde Büttelborn mit Zuschüssen für lärm-mindernde Baumaßnahmen an ihren Häusern im Rahmen des Programms des Landes Hessen und der Flughafen AG gerechnet werden kann, haben nicht zu einem konkreten Ergebnis geführt.

Es steht jedoch zu befürchten, daß die Bürger der Gemeinde Büttelborn hier mit keinerlei Mitteln rechnen können.

Durchgesetzt hat sich ein Antrag der GLB, bei gemeindlichen Neubauvorhaben auf die Verwendung von Asbest zu verzichten und bei Reparaturen im Einzelfall zu prüfen, ob andere Werkstoffe als Asbest sinnvoll eingesetzt werden können.

Keine Billigung fand ein Antrag der GLB, einer Einladung der Flughafen AG, die mit einem Abendessen verbunden war, nicht zu folgen.

Die Gemeindevertreter der GLB waren der Auffassung, daß es ein Unding ist, einerseits mit aller Macht gegen die Flughafenerweiterung zu kämpfen und andererseits Einladungen zum Abendessen durch die Flughafen AG anzunehmen.

Informationen der FAG sollen nach unserer Auffassung vor Ort unmittelbar dem Bürger erteilt werden.

Die Fraktionen von SPD und CDU sprachen sich allerdings dafür aus, der Einladung zu folgen.

Die Gemeindevertretung hat sich dafür ausgesprochen, der Hubertus-Schützengesellschaft Büttelborn ein Gelände an der Autobahn im geplanten Gewerbegebiet zukommen zu lassen. Die Bedingungen der Geländeüberlassung sind in der Gemeindevertretung jedoch noch zu erörtern.

Adalbert Pongs

THEMA : M Ü L L

Die vom Kreis geplante Mülldeponie in Büttelborn hat die Diskussion über die Möglichkeiten der Müllbeseitigung im Kreis Groß-Gerau angeregt. Die GLB ist nicht bereit, Mülldeponien nach altem Schema zuzustimmen, auf denen lediglich immer höhere Müllberge aufgetürmt werden, ohne einen Gedanken an die Verringerung der Müllmengen zu verschwenden. Solche stinkenden Müllberge wollen wir nicht in Büttelborn und auch nicht anderswo.

Wichtigster Punkt einer neuen Müllwirtschaft ist die Verringerung des Mülls, die im wesentlichen in drei Bereichen erfolgen kann:

- In der Industrie.
z. B. durch die Verringerung der Verpackungen und durch Herstellung umweltfreundlicher Güter.
- Im privaten Haushalt.
z. B. durch Kauf von umweltfreundlichen Produkten, durch Kompostierung von verrottbaren Stoffen.
- Bei der Müllbeseitigung.

Zum letzten Punkt schlägt die GLB folgendes Konzept vor:

Durch Trennung und Wiederverwertung wichtiger Müllanteile soll die abzuliefernde Müllmenge auf etwa die Hälfte reduziert werden. Die Kostenersparnis ist an den Bürger weiterzugeben. Voraussetzung für eine Kostensenkung ist die Berechnung der Gebühren nach der Müllmenge und nicht wie bisher nach dem „pro-Kopf-Verfahren“. Die GLB hat dazu den entsprechenden Antrag im Gemeinderat gestellt.

Folgende Verfahren sollten erprobt und in die Tat umgesetzt werden:

- Grünkompostierung. Damit kann sofort begonnen werden. Eine geeignete Brachfläche ist von der Gemeinde zur Verfügung zu stellen.
- Verbesserte Altglaseinsammlung. Dafür soll verstärkt geworben werden. Es sind mehr, nach Möglichkeit schallgedämpfte Altglasbehälter aufzustellen. Weiß-, Grün- und Braunglas soll getrennt gesammelt werden.
- Regelmäßige Sammlung von Altpapier. Altpapier soll in Abständen von etwa 2 Monaten regelmäßig eingesammelt werden. Die Vereine, die seither schon gesammelt haben, sind in das Konzept einzubinden. Bei der Sperrmüllabfuhr wird kein Papier mehr mitgenommen.
- Sortierung des Sperrmülls und Rückführung verwertbarer Anteile.
- Getrennte Einsammlung von Batterien, unbrauchbar gewordenen Arzneimitteln, Altseifen, Alu- und Weißblechabfällen, Thermometern, Öl- und Farbbrechen.

Alle Vorschläge für eine bessere Müllwirtschaft können nur durch die aktive Mithilfe und Unterstützung der Bevölkerung in die Tat umgesetzt werden. Deshalb ist eine umfassende Information aller Ortsbürger die wichtigste Voraussetzung, wenn wir es ernst meinen mit dieser neuen, umweltfreundlichen Art mit dem Müll umzugehen.

Frieder Engel

Gemeinde beschließt Verbot asbesthaltiger Baustoffe

Allgemein bekannt ist inzwischen die Gefährlichkeit von Asbest und somit auch asbesthaltiger Baustoffe. Der informierte Bürger weiß längst, daß insbesondere der Staub, der z. B. beim Trennen von Asbestzement mit der Schleifscheibe entsteht, stark gesundheitsschädlich ist. Ein Zusammenhang zwischen Asbeststaubbelastung und Bronchialkrebs sowie Krebs des Verdauungstraktes gilt inzwischen als erwiesen. Dabei spielt die Konzentration des eingeatmeten Staubes anscheinend keine Rolle.

Laut den vom ehemaligen Bundesminister Ehrenberg auf einer Konferenz vorgetragenen Erkenntnissen sind derzeit schon 20 % aller Krebserkrankungen auf Asbest zurückzuführen. Wegen der langen „Anlaufzeit“ der durch Asbest hervorgerufenen Krebsarten von 25 und mehr Jahren ist in Zukunft mit einem dramatischen Anstieg dieser Erkrankungen zu rechnen.

Obwohl man sich dessen bei allen Politikern bewußt ist, ist bisher im Land und im Bund die Eindämmung asbesthaltiger Stoffe durch gesetzgeberische Maßnahmen nicht durchgesetzt worden. Zu stark ist der Einfluß der Asbest-Lobby.

Die GLB stellte aufgrund der o. g. Tatsachen und weil sie überzeugt davon ist, daß es für alle asbesthaltigen Stoffe heutzutage asbestfreie Ersatzstoffe gibt, den Antrag an die Gemeindevertretersitzung, Asbest und asbesthaltige Baustoffe bei gemeindeeigenen Bau- und Reparaturvorhaben in Zukunft nicht mehr zu verwenden und somit anderen Städten und Gemeinden zu folgen, bei denen bereits Asbestverbot besteht.

Die Gemeindevertretung beschloß diese Vorlage mit der Änderung, daß bei Reparaturen der Bauausschuß entscheiden muß, ob asbesthaltige Baustoffe verwendet werden dürfen. Weiter enthält der verabschiedete Antrag einen Appell an die Bürger Büttelborns, in Zukunft ebenfalls auf asbesthaltige Baustoffe zu verzichten.

Wir möchten diesen Appell hiermit nochmals bekräftigen und bitten Sie, im Interesse unserer aller Gesundheit, auf Asbest zu verzichten.

Wir geben Ihnen auf Anfrage gerne Auskunft, um welche Stoffe es sich hauptsächlich handelt.

Dieter Schulmeyer

VORMÄRZ 1983

Nun da es sicher ist, daß am 6. März das Volk befragt werden soll, was es denn nun halte vom Geschehen im Lande, stellt sich für jeden politisch bewußten Wähler spätestens an der Wahlurne die Frage, „was wähl' ich nur ich armer Tor, wenn ich steh' vor diesem Ding davor“.

An diesem Sonntag im März wird sich entscheiden, in welche Richtung sich die westdeutsche Gesellschaft wahrscheinlich nicht nur in den nächsten vier Jahren entwickeln wird.

Diese Wahl wird schon fast die Dimension einer historischen Entscheidung haben, einer Entscheidung für eine Solidargemeinschaft der Menschen als Grundlage der Gesellschaft oder einer Entscheidung für die Ellbogengesellschaft, wie sie seit einigen Monaten von den Parteien der „neuen Mehrheit“ CDU/CSU/FDP vorgeführt wird.

Die SPD macht sich etwas vor, wenn sie darauf hofft, die Mehrheit der konservativen Wirtschaftsparteien alleine verhindern zu können.

Die Vision von der solidarischen Gesellschaft wird sich nur verwirklichen lassen, wenn sich die Vertreter der

neuen sozialen Bewegung, im wesentlichen repräsentiert durch DIE GRÜNEN und die Partei der traditionellen sozialen Bewegung, die SPD, zu einem politischen Bündnis bereifinden. Das wird nicht ohne die Überwindung von Widerständen auf beiden Seiten möglich sein.

Die von der CDU/CSU/FDP-Koalition eingeleiteten unsozialen und undemokratischen Entwicklungen beim Mietrecht, beim Zivildienst und bei der Jugend- und Ausländerpolitik, die bohrenden Probleme beim Umweltschutz und bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Verhinderung der Stationierung von weiteren Massenvernichtungssystemen wie Mittelstreckenraketen, chemischen, biologischen und atomaren Waffen und die Notwendigkeit einer aktiven Friedenspolitik rechtfertigen ein solches historisches Bündnis, auch wenn Widerstände überwunden und Vorurteile abgebaut werden müssen.

Voraussetzung dafür ist der Einzug der „GRÜNEN“ in den deutschen Bundestag.

Wir haben keine andere Wahl:

Am 6. März DIE GRÜNEN wählen!

Frieder Engel

Kein Streusalz mehr bei Glatteis

Unübersehbar sind die Schäden, die es bisher angerichtet hat – Streusalz, Universalmittel bei Schnee- und Eissglätte.

Durch unmäßigen Einsatz bei Behörden und bei Privatleuten sind an unserer Umwelt Schäden entstanden, die mit Geld gar nicht zu bemessen sind – tausende von Bäumen mußten sterben, Grundwasser wurde geschädigt, Tiere verendeten durch Aufnahme von Auftauwasser.

Der Volkswirtschaft entstanden Schäden in Millionenhöhe, man denke nur an den durch Salz verursachten Rostfraß an den Karosserien unserer Autos.

Schaden macht klug – jedenfalls bei einer Reihe von Städten und Gemeinden, die seit 1–2 Jahren auf den Einsatz von Streusalz verzichten – so unter anderen Berlin.

Das von Skeptikern erwartete Verkehrschaos blieb dort aus – kehrte sich sogar ins Gegenteil: die Zahl der Unfälle nahm in den untersuchten Stadtgebieten ab, als kein Salz mehr verwendet wurde.

Warum also nicht auch in Büttelborn ohne Auftausalz auskommen – dachte man sich bei der GLB und brachte den entsprechenden Antrag bei der Gemeindevertretung ein.

Daraufhin wurde die Straßenreinigungssatzung der Gemeinde geändert und lautet jetzt an der entsprechenden Stelle: „Der Einsatz von Streusalz als Auftaumittel ist grundsätzlich verboten.“

Wir bitten deshalb alle Bürger, sich an die Satzung zu halten. Asche, Sand oder Split sind genauso gut geeignet wie Salz.

Dieter Schulmeyer

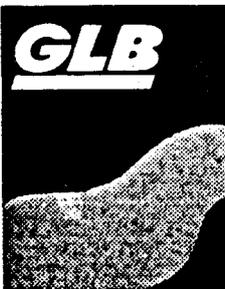


Bürgertelefon der GLB:

Rainer Jansohn, Büttelborn, Telefon 5 99 00

Wer hat Lust, bei der Planung und dem Selbstbau einer Solaranlage mitzuwirken?

J. Korent, Lerchenweg 4
Klein-Gerau, Telefon: 40821



IMPRESSUM

Herausgeber:
V.i.S.d.P.:

Unabhängige Wählervereinigung GRÜNE LISTE BÜTTELBORN
Rainer Jansohn, Büttelborn 1

Redaktionsanschrift: Hans-R. Haybach, Isarstr. 1, 6087 Büttelborn 3, Telefon 7367